

Dringlichkeitsantrag 1

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Georg Rosenthal, Inge Aures, Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Bernhard Roos, Horst Arnold, Volkmar Halbleib, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Ruth Müller** und **Fraktion (SPD)**

Europe United: Gemeinsam handeln statt nationaler Alleingänge

Der Landtag wolle beschließen:

Der Bayerische Landtag bekennt sich ohne Wenn und Aber zur europäischen Einigung, zum multilateralen Miteinander als deren Grundprinzip und zu ihren Grundwerten, wie sie im Vertrag über die Europäische Union und in der EU-Grundrechtecharta formuliert sind. Bayern, geographisch im Herzen Europas gelegen, profitiert wie kaum eine andere Region von der EU. Das Wohlergehen seiner Bürgerinnen und Bürger hängt ganz entscheidend davon ab, dass die EU zusammen bleibt und nicht durch spalterischen Streit weiteren Schaden nimmt.

Der Bayerische Landtag stellt fest, dass der europäische Binnenmarkt mit der Freizügigkeit von Personen, Waren und Dienstleistungen für das wirtschaftliche Wachstum und den Wohlstand im Freistaat Bayern von zentraler Bedeutung ist. Neue Grenzkontrollen, Handelshemmnisse und Zölle treffen unsere exportorientierte Wirtschaft schneller und härter als andere. Auch deshalb erteilen wir allen Versuchen der nationalen Abschottung eine Absage.

Angesichts nationalistischer und populistischer Tendenzen und ihrer internen wie externen Urheber, die den politischen und gesellschaftlichen Zusammenhalt der EU-Mitgliedsstaaten gefährden, neue Binnengrenzen errichten oder die Handlungsfähigkeit der EU durch Gruppen- und Achsenbildung zu stören versuchen, ruft der Bayerische Landtag auf zu einem neuen europäischen Patriotismus, zu einem neuen Miteinander und zu mehr statt weniger gemeinsamem Handeln auf. Aufkommendem Neonationalismus, Abschottung und politischen Spaltem jeglicher Couleur erteilt er eine klare Absage.

Nur ein geeintes und einiges, demokratisches, soziales und solidarisches Europa kann den existentiellen Herausforderungen - Klimawandel, wirtschaftliche und soziale Folgen der Globalisierung, veränderte Sicherheitslage, Welthandel und Protektionismus, Digitalisierung, Migration, Fluchtbewegungen und Entwicklung, Nationalismus, Rechtspopulismus und Chauvinismus usw. - erfolgreich begegnen, in der Welt des 21. Jahrhunderts bestehen und gleichzeitig gegenüber seinen Völkern das Versprechen von Frieden, Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Selbstbestimmung, innerer und sozialer Sicherheit, wirtschaftlicher Entwicklung und Wohlstand einhalten.